

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes  
**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund  
**Band:** 12 (1920)  
**Heft:** 3  
  
**Artikel:** Zur eidg. Abstimmung vom 21. März  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-351206>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 22.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Ueberraschenderweise brachte es die Referendumsbewegung in der kürzesten Zeit auf 60,000 Unterschriften. Man darf aber annehmen, dass Tausende von Bauern, besonders in der Westschweiz, glaubten, es handle sich um das *Arbeitszeitgesetz*, sonst hätten sie sicher



nicht unterzeichnet; denn mag sich der Bauer im übrigen zu den Forderungen der Industriearbeiter stellen wie er will, daran kann er kein Interesse haben, dass Zehntausende der Allerärmsten, die sich nicht zu wehren vermögen, von skrupellosen Unternehmern im tiefsten Elend gehalten werden. Es kann dem Bauern aber auch nur recht sein, wenn der Staat Organe schafft, die geeignet sind, die Formen der wirtschaftlichen Kämpfe zu mildern, ja, die das Ziel haben, an Stelle des rücksichtslosen Kampfes immer mehr die gegenseitige Verständigung zu setzen. Daher wird es notwendig sein, speziell die Bauern über das Gesetz aufzuklären.

Die kurze Zeit bis zur Abstimmung muss aber auch zur Propaganda unter den Arbeitern benützt werden. Den Gesetztext hat wohl jeder Bürger nunmehr in Händen. Wieviel aber werden sich die Mühe genommen haben, ihn zu lesen? Und wie viele von denen, die ihn gelesen haben, haben den Inhalt begriffen?

Es handelt sich, kurz gesagt, um folgendes: Der Bund errichtet unter dem Namen Arbeitsamt eine Institution mit einem besoldeten Direktor an der Spitze und einem Kollegium von drei Unternehmer- und drei Arbeitervertretern als unbesoldete Beisitzer, die zusammen die eidg. Lohnkommission bilden.

Dem eidg. Arbeitsamt liegt ob:

1. die Erforschung der Arbeitsverhältnisse und der andern Arbeitsbedingungen, des Arbeitsmarktes sowie der Lebenshaltung und der Wohn- und Wanderungsverhältnisse der Arbeiter;
2. die Vorbereitung von Reformen des Arbeitsverhältnisses sowie der Lebensverhältnisse der Arbeiter;
3. die Ausführung der Entscheide der Lohnkommission;
4. die Erledigung von Beschwerden über die Nichteinhaltung der festgesetzten Arbeitsverhältnisse;
5. die Begutachtung von Anträgen der Lohnstellen zuhanden des Bundesrates;
6. die Antragstellung auf Anwendung von Art. 2, Abs. 4, und Art. 3, Abs. 2;
7. die Aufsicht über die Tätigkeit der Lohnausschüsse.

Neben der eidg. Lohnkommission werden für die einzelnen Berufe oder Gegenden eidg. Lohnausschüsse eingesetzt, die ebenfalls aus einem neutralen Obmann und je drei Unternehmern und Arbeitern als Beisitzer bestehen.

Diese Lohnausschüsse sind zur Festsetzung von Mindestlöhnen nur in der Heimindustrie befugt.

Die Bundesversammlung kann eine Ausdehnung der Befugnis zur Lohnfestsetzung auf andere Kategorien von Arbeitern beschliessen.

Gegen die Entscheide der Lohnausschüsse ist Rekurs an die Lohnkommission zulässig, die endgültig entscheidet.

Bei Streitigkeiten über die Zuständigkeit der Lohnkommission entscheidet der Bundesrat.

Der Bundesrat kann Gesamtarbeitsverträge, die zwischen Unternehmern und Arbeiterorganisationen festgesetzt sind, für die ganze Schweiz verbindlich erklären.

Während des Verfahrens zur Festsetzung von Arbeitsverhältnissen vor dem Lohnausschuss oder vor der Lohnkommission dürfen die beteiligten Arbeiter weder die Arbeit niederlegen, noch dürfen die Unternehmer Aussperrungen oder Massregelungen vornehmen aus Gründen, die mit der Streitsache in Verbindung stehen.

Diese Bestimmung wird in Arbeiterkreisen vielfach mit Misstrauen aufgenommen. Es wird Sache des Arbeitsamtes sein, dieses Misstrauen dadurch zu entkräften, dass es für ein möglichst rasches Prozedere

sorgt. Im andern Fall könnte es eben trotz allen Vorschriften einmal zum Ausstand kommen.

Für die Verletzungen der Bestimmungen des Gesetzes werden Bussen von 10—500 Fr. angedroht.

Die Tätigkeit des Arbeitsamtes wird sich aber nicht nur auf die hier kurz umrissene beschränken; es wird auf Wunsch der Parteien oder wenn öffentliche Interessen es erfordern, den wirtschaftlichen Gruppen in allen Lohnstreitigkeiten zur Verfügung stehen. Wenn es seine Aufgabe richtig erfasst, wird es sich in kurzer Zeit unentbehrlich machen. Verhelfen wir dem Gesetz durch eine umfassende Propaganda zur Annahme, so machen wir die Bahn frei für die Verwirklichung weiterer Gewerkschaftsforderungen auf dem gesamten sozial-wirtschaftlichen Gebiet. Darum, Arbeiter und Angestellte, an die Urnen!



## Das Betriebsrätegesetz in Deutschland.

### I.

Nach einem unerhörten parlamentarischen und ausserparlamentarischen Kampf hat die Nationalversammlung in Deutschland das Gesetz über die Betriebsräte angenommen. Da die Betriebsrätefrage auch in unsern Organisationen diskutiert wird, dürfte es angezeigt sein, seinen Inhalt kurz zu umschreiben. Wir folgen dabei dem « Korrespondenzblatt der deutschen Gewerkschaften ».

Erst das Hilfsdienstgesetz machte die Arbeiterausschüsse für die ihm unterstellten Betriebe obligatorisch, sicherte ihnen die Aufgaben der Arbeitervertretung bei Differenzen mit der Betriebsleitung und schuf für unerledigte Streitigkeiten einen geordneten Rechtsweg vor dem Schlichtungsausschuss. Die Verordnung der Revolutionszeit vom 23. Dezember 1918 gab den Arbeiter- und Angestelltenausschüssen die weitergehende Aufgabe der Ueberwachung der Durchführung der Tarifverträge und, soweit solche nicht bestehen, die Mitwirkung bei Regelung der Löhne und sonstiger Arbeitsverhältnisse und der Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betrieb.

Das Betriebsrätegesetz berechtigt die Arbeitnehmervertretungen des Betriebes, auch bei der Einführung neuer Lohnungsmethoden, bei der Festsetzung der Arbeitszeit, insbesondere bei Verlängerungen oder Verkürzungen der regelmässigen Arbeitszeit, bei der Regelung des Urlaubs der Arbeitnehmer und bei der Erledigung von Beschwerden über die Ausbildung und Behandlung der Lehrlinge mitzuwirken, ferner die Arbeitsordnung oder sonstige Dienstvorschriften mit dem Arbeitgeber zu vereinbaren, in Streitfällen den Schlichtungsausschuss anzurufen, mit dem Unternehmer Richtlinien über die Einstellung von Arbeitskräften zu vereinbaren und bei Verstössen gegen diese Richtlinien mit dem Arbeitgeber zu verhandeln sowie eventuell den Schlichtungsausschuss anzurufen und bei Entlassungen unter gewissen Voraussetzungen Einsprache zu erheben mit der Wirkung, dass, wenn es darüber in Verhandlungen zu keiner Einigung kommt, der Schlichtungsausschuss zur Entscheidung angerufen werden kann. Sodann haben die Betriebsräte an der Verwaltung von Pensionskassen, Werkwohnungen und Betriebswohlfahrtseinrichtungen teilzunehmen und endlich in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken die Betriebsleitung mit Rat zu unterstützen, mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen und an der Einführung neuer Arbeitsmethoden mitzuwirken.

Das Betriebsrätegesetz hat für die Betriebsräte mannigfache Formen vorgesehen, entsprechend den